

Haushaltsplanentwurf 2013
Beitrag CDU-Fraktion am 20.12.2012
 U. Monegel

- Es gilt das gesprochene Wort -

„Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt zu!

Die Abarbeitung unserer Anträge zu diesem „Haushalt der Bewährung“ – so wollen wir ihn nennen – wird entscheidend sein.

Unsere Erwartungen haben wir formuliert.

Von der Berücksichtigung unserer Erwartungen und den Ergebnissen der Bearbeitung wird es abhängen, ob wir am Ende des kommenden Jahres erneut beim Etat 2013 als „Bewährungshelfer“ zur Verfügung stehen.“

So der Schluss-Satz, sehr geehrter Herr Sierau, sehr geehrte Damen und Herren des Rates, der CDU-Etatrede im Dezember letzten Jahres.

Wie angekündigt haben wir Bilanz gezogen. Die sieht nachweislich nicht gut aus und jetzt ziehen wir die Konsequenz. Alle Beteiligten hätten sich darauf einstellen können.

Wir sind und waren berechenbar, konsistent und verlässlich in den Etatberatungen der letzten Jahre, in unserer Haltung zum Etatgeschehen des laufenden Jahres und sind es jetzt in der kritischen Beurteilung des Haushaltsplans 2013.

SPD und Bündnis 90/Grüne sind und waren das erkennbar nicht.

Presseveröffentlichungen und Zitate aller Fraktionen in der Zwischenzeit zur Haushaltspolitik Dortmunds füllen ganze Akten-Ordner. Was ist da nicht alles gesagt, gefordert und behauptet worden.

Von diesem offenkundig völlig halt- und folgenlosen „Geschwätz von gestern“ – so Ernst Prüsse im letzten Finanz-Ausschuss – hier einige Kostproben:

RN vom 23.06: Grüne: „Sparbemühungen der Verwaltung konzeptlos, strukturlos und ratlos“

WR vom 05.07.: Grüne: „Wir erwarten ein tragfähiges Konzept für den Personalbereich. Ein Zickzack-Kurs in der Haushaltspolitik, wie ihn der OB jetzt fahre, werde von den Grünen nicht mitgetragen. Ein strategisches Konzept ist nicht zu erkennen, so Ulrich Langhorst“.

Besonders bemerkenswert der Wortlaut einer Pressemeldung der Grünen vom 07. August zur Haushaltsführung:

Ingrid Reuter: „Angesichts dieses Eindrucks von Flickschusterei sind wir gespannt auf die Etatberatungen 2013. ... Und wir sind gespannt, ob die CDU trotz ihrer oft so vehement geäußerten Kritik an dem Haushaltsgebaren der Stadt wie in den vergangenen Jahren wieder den Steigbügelhalter für eine große Koalition abgibt.“

Im Juli (WR 11.07.) ließ sich dann die SPD vernehmen: Bürgermeisterin Jörder erklärte in einem Pressegespräch, diesmal solle sich bitte die Verwaltung die Mehrheit für ihren Etat selbst suchen, schließlich sei es ja ein Haushalt der Verwaltung. Ernst Prüsse sprach sich entschieden gegen die von der Verwaltung (damals noch schüchtern auf drei Jahre befristete moderate) Anhebung der Gewerbesteuer aus, sein Parteivorsitzender erklärte in der gleichen Pressekonferenz genau das Gegenteil ! Ein vielstimmiger Chor, Dissens zwischen Partei- und Fraktionsführung in einer so entscheidenden Frage – so etwas werden Sie bei der CDU nicht erleben!

Noch am 10. November titelt die WR nach einem Gespräch mit Ernst Prüsse:
„Gewerbesteuer wird doch nicht erhöht; SPD lehnt Vorstoß der Stadtspitzen ab.“

Und weiter: „Ebenso wenig geht Prüsse davon aus, dass der Rat im Dezember, wie von den Verwaltungsspitzen gewünscht, einen genehmigungsfähigen Haushalt verabschieden kann. „Ich denke, dass es auf das 1. Quartal 2013 hinauslaufen wird.“

Geschwätz von gestern, wie gesagt. Das hat dann nur gehalten bis zum Nikolaustag.

Jetzt kommt auf einmal alles anders.

Die Grünen rücken von der ganzjährig vorgetragenen Fundamentalkritik an der Haushaltswirtschaft der Stadt ab, geben sich auf einmal staatstragend, setzen sich – abgesehen von der auch noch angestrebten Grundsteuer-Erhöhung – in nahezu allen Punkten durch, und die SPD fällt um.

Speziell in der so wichtigen Frage der Gewerbesteuer haben die Grünen sprichwörtlich das ganze Gewicht ihrer 17 % - Stimmenanteile auf die Waage gebracht – um sage und schreibe 17 Prozentpunkte soll die im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte so wesentliche Steuer in Dortmund angehoben werden. Dortmund greift seinen Gewerbetreibenden bei vermutlich rückläufiger Konjunktur damit mit nochmals mehr als 10 Mio. € zusätzlich in die Kasse. Und das, betrachtet man die neuesten Modellrechnungen des Landes zum GFG, bei weiter sinkender originärer Steuerkraft unserer Stadt.

Mehr kann man wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch als Kommune kaum falsch machen. Mehr kann man aber auch kaum falsch machen in Bezug

auf das Vertrauen der Wirtschaft in die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der Verwaltung und maßgeblicher politischer Kräfte in unserer Stadt. Diesen Kollateralschaden können Sie kaum hoch genug einschätzen. Sie nehmen dies und die empörten Proteste der Wirtschaft billigend in Kauf in dem Streben, einen Haushaltsplan auf scheinbar einfachem Weg (Ertragsseite) über die ominöse 5 % -Hürde zu hieven, der strukturell auf der Aufwandsseite keine Verbesserungen aufweist, keine ernsthaften Anstrengungen energischer Konsolidierung erkennen lässt. Für die absehbar schwieriger werdenden Zeiten (Konjunktur / Arbeitsmarkt / Steuererwartungen / Zinsentwicklung etc.) sind Haushalt und Mittelfristplanung nicht gerüstet.

Zusammen mit der Kürzung ausgerechnet auch noch der Wirtschaftsförderungsmittel legt diese Haushaltskoalition der Dortmunder Wirtschaft ein nur schwer verdauliches Paket unter den Weihnachtsbaum. Das wird Dortmund schaden.

Gut, dass sich Herr Mager hier jetzt unmissverständlich in Stellung gebracht hat.

Der Versuch, ausgerechnet der CDU die Verantwortung für dieses Desaster anzulasten, ist durchsichtig und hilflos. Eine Verweigerungshaltung gab und gibt es nicht. Unter der Voraussetzung endlich belastbarer Vereinbarungen zwischen Politik und – wichtige Bedingung! – der Verwaltungsspitze wäre eine breitere Zustimmung zu diesem Etat und der mittelfristigen Planung möglich gewesen: Nach entsprechender Überarbeitung und verbindlicher mit Zeit- und Ergebniszielen ausgestatteter Vereinbarung hätte eine Etat-Verabschiedung problemlos auch im Frühjahr erfolgen können. Konstruktive Ansätze in dieser Richtung waren – auch in Gesprächen mit dem OB – erkennbar. Sie haben es dann doch lieber anders gewollt. Da hat wohl im besonderen der Kämmerer „ganze Arbeit“ geleistet.

Überraschende oder geradezu unerfüllbare Forderungen hat und hätte die CDU nicht formuliert. Der Rahmen nachhaltiger Haushaltskonsolidierung war und ist längst skizziert, in weiten Teilen nicht nur konsensfähig sondern sogar in großen Teilen sogar von CDU und SPD gemeinsam verabschiedet (Etats 2011 und 2012).

- Vor Steuer- und Gebührenerhöhungen Konsolidierung der Aufwandsseite / Verbesserung der Wirtschaftlichkeit städtischen Handelns für die Bürger
- Erhöhung von Effizienz und Professionalität städtischer Dienstleistungen durch Kooperation mit Dritten (eigenen Töchtern / Privatwirtschaft / interkommunal , Definition weiterer Suchfelder)
- Arbeit aus dem System herausbringen (systematische Aufgabenkritik mit Zeit- und Kostenzielen / Überprüfung von Standards der Aufgabenerledigung)

- Personalaufwandsreduzierung gemäß Auflagen RP und geltendem Haushaltsbegleitbeschluss des Rates 2011 (Organisations- und Personalentwicklung)
- Abbau von Steuerungsdefiziten (belastbare KLR grün/schwarz; Aufwands-Risiken ggf. extern begleitete Organisationsuntersuchungen, z.B. Jugendamt)
- Tempoerhöhung bei der Abarbeitung von Aufträgen & Vorgaben des Rates
 - Konsequente Veräußerung nicht betriebsnotwendigen, „sachzielfreien“ Vermögens, Reduzierung Bewirtschaftungskosten
 - Infrastrukturrevision
 - Effektivierung / Konzentration Büroflächen Innenstadt / Optimierung Büroflächenmanagement / Red. Bruttogeschossfläche / MA etc.

Alles wird seit Jahren diskutiert, vieles wurde längst beschlossen. An Konsequenz, Tempo und Willen zur Umsetzung fehlt es bis heute, dem Haushalt sieht man es an ...

„Weiter so Dortmund“ – höhere Preise, dafür weniger Leistung, Weiterwursteln in bekanntem Stil – das ist die Botschaft, die von diesem, Ihrem Haushaltsbeschluss ausgehen wird.

Was hilft diesem 2 Mrd. € Haushalt(vorläufig) über die Hürden?

- Lineare Ausgabenkürzungen (Planverbesserung 9,4 Mio. € durch 1,9 %-ige pauschale Reduzierung Sachaufwand /Rasenmäher bei Fachbereichen und Eigenbetrieben)
- 6,8 Mio. € Planverbesserungen durch zusätzliche Einzelmaßnahmen (u. a. WIFÖ / Bezirksmittel) -> gesamt: rd. 16,3 Mio. €
- Massive Gewerbesteuer-Erhöhung, aktuell nunmehr unbefristet !!
- Teuerungsrate seit Jahresmitte wieder unter 2 %
- Bei 2,5 Mrd. € Verschuldung historisch niedriges Zinsniveau +-
- Gute Ertragslage Einkommenssteuer / Sondereffekte Spielgeräteststeuer
- Stabile konjunkturelle Lage / Stabilität des Arbeitsmarktes
- Kompensation sinkender originärer (fiktiver) Steuerkraft durch steigende Gesamtzuweisungen Land NW (+ 27,4 Mio. € gegenüber 2012)
- Massiv ansteigende Bundeshilfen (KdU; Übernahme der Kosten für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung)
 - 2011: 7,3 Mio. €
 - 2012: 22,0
 - 2013: 45,1
 - 2014: 63,5
 - 2015: 67,2
 - 2016: 71,2 Mio. €

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nein, unsere Finanzprobleme in Dortmund liegen nicht auf der Einnahmeseite !

In Ihrer Etatrede im September haben Sie mit Ausblick auf den BT-Wahlkampf im kommenden Jahr einmal mehr massive Forderungen an den Bund formuliert. Diese Bundesregierung hat hinsichtlich finanzieller Unterstützung der Kommunen geradezu einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Das sollte nicht unterschlagen werden:

- Schrittweise steigende Entlastung bei den Sozialausgaben
- Übernahme der steigenden Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4.5 Mrd. € / a) → Das ist die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik ! (Auswirkung DO s. o.!)
- Der Eingliederungs-Titel der Bundesagentur für Arbeit bleibt nicht nur stabil, sondern wächst sogar. Mit rd. 8 Mrd. € für Eingliederung und Verwaltung stehen 2013 bundesweit 800 Mio. € mehr zur Verfügung, als 2012 gebraucht wurden.
- Bereits fest zugesagt: Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Deren Entlastungswirkung schätzt der Kämmerer ab 2014 auf 30 Mio. €/a
- Nachschlag für den Ausbau der Kinderbetreuung (Finanzierung eigentlich verfassungsrechtliche Aufgabe von Ländern und Kommunen): Bund übernimmt 1/3 der ursprünglich auf 12 Mrd. € geschätzten Kosten (Kinderförderungsgesetz). In diesem Sommer wurden vom Bund zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von 581 Mio. € (30.000 Betreuungsplätze) zugesagt. Außerdem beteiligt sich der Bund 2014 mit 808 / ab 2015 mit 845 Mio. €/a an den laufenden Betriebskosten der Kitas.

Davon wird Einiges in Dortmund ankommen. Fairerweise wollen wir das hier mal erwähnen.

BT-Wahlkampf ist noch früh genug – wir sollten uns hier im Rat besser darauf konzentrieren, unsere Hausaufgaben zu machen oder auch: Unsere Hausaufgaben besser zu machen.

Apropos „Hausaufgaben“:

Sehr geehrter Herr Stüdemann,

Sie haben in Ihrer Etatrede im September auf jährlich wachsenden Handlungsdruck hingewiesen und auf die Notwendigkeit, einen „Richtungswechsel“ einzuläuten, gedrängt.

Sie haben damit völlig Recht und dabei sicher – wenn’s richtig läuft - auch die Unterstützung der CDU-Fraktion. Von uns allerdings verstanden in dem Sinne, dass nunmehr ganz bestimmt ein deutlicher Mentalitätswechsel in dieser Verwaltung Platz greifen muss. Und dabei sind vornehmlich der Chef, der OB mit seinen Dezernenten / innen und ganz sicher auch die Fachbereichsleiter gefordert.

Führungsgehälter gibt es nach unserem Verständnis für Initiative & Führung, nicht fürs Aussitzen und „verwalten“ des Mangels. Strukturkonservative Bedenkenträger und Beharrer – gerade auch in der Ebene der Fachbereichsleitungen - dürfen hier nicht länger Kurs und Tempo bestimmen. Dafür braucht es unmissverständliche Signale. Von der Verwaltungsspitze und der Politik. Viel Zeit bleibt uns nicht mehr.

Das aktuelle Signal der rot-grünen Etatbeschlüsse (Wenn’s nicht reicht, erhöhen wir eben wieder die Steuern / die Rats-Beschlüsse zur Personalaufwandsreduzierung werden wieder kassiert ...) wirkt da sicher kaum unterstützend.

Das ist unverantwortlich.

Bislang kämpft die CDU den mühsamen Kampf um die Durchsetzung eines Mentalitätswechsels in der Verwaltung nach unserem Eindruck ziemlich alleine. Dabei war auch die SPD im Wahlkampf mit dem Versprechen eisernen Sparwillens nach vorne getreten (Vorschläge nach der Wahl ! ...). Vorschläge liegen bis heute nicht vor! Der SPD-Antrag zur Bewirtschaftung des Personalaufwands bietet immerhin einen Ansatz zu mehr Entschlossenheit. Letztlich gibt er allerdings kaum mehr wieder als den zum Haushalt 2011 von CDU und SPD gemeinsam gefassten 10 % - Beschluss.

Die Grünen haben sich trotz stets vorgetragener Konsolidierungs-Propaganda (Stichwort Personal) ab heute aus dieser Veranstaltung verabschiedet. Deren Programm heißt: UMWERTEILUNG !

Als ernst zu nehmender Partner der CDU bei der Konsolidierung der städtischen Finanzen fallen Sie damit aus.

Einzig messbarer politischer Erfolg der SPD in diesem Spiel: Die Abwendung einer weiteren Grundsteuer-Anhebung. Wenig genug!

„Richtungswechsel“, Herr Stüdemann, und „großangelegte Formatwechsel“, größerformatige Veränderungen in der Stadtverwaltung, haben Sie im September gefordert. Kostenoptimierung in nennenswertem Format, so

haben Sie ausgeführt, benötigen administrativ und politisch entsprechende Bereitschaft.

Das glauben auch wir. Bislang haben wir die allerdings nicht erleben und trotz entsprechender Beschlüsse durchsetzen können.

Statt großformatiger (nach unserem Verständnis nachhaltiger) Veränderungen haben wir in diesem Jahr eher „kleinschuppige“ fortgesetzte Panik-Attacken zur Sicherung des Haushalts im Stakkato erlebt.

Das „Unwort des Jahres 2012“: **RETTUNGSROUTINE** hätte glatt in Dortmund erfunden sein können:

- 08.05.2012: Erlass HH-Sperre, Ziel: 15,5 Mio. € Einsparung
- 29.06.2012: Passend zur Wahlkampföffnung Aufhebung der Sperre, Ämter bringen 7,8 Mio. €, 7,7 Mio. € Deckung durch Mittel des Bildungs- und Teilhabe-Pakets
Gespart wird vornehmlich beim Brandschutz: 2,2 Mio. € + Tiefbauamt 1,1 Mio € (Reduzierung Grünpflege + Instandhaltung Brückenbauwerke)
- 30.10.2012: Vorlage „Investitionsplanung bei Nichtbeschluss Gründung EB Stadtentwässerung“
„gespart“ wird vor allem bei Straßengrunderneuerung (3,7 Mio. €) und Instandhaltung Hochbauten (1,3 Mio. €) --→ 5 Mio. € Substanzabbau und de facto-Aufhebung Ratsbeschluss 2011 zur Grundsteuer ! (50 % Zweckbindung der Mittel für Straßenunterhaltung). Weitere 3 Mio. € kürzen Sie in den beiden Folgejahren. So etwas nennt man dann wohl „kaputtsparen“ ...
- 08.11.2012: Neuer VV-Beschluss : Ziel 8,3 Mio. € Einsparung aus Fachbereichen
- 28.11.2012: 100 Seiten Veränderungslisten
- 11.12.2012: 2 Vorlagen: Kürzung Etat 2013: 1,9 % „Rasenmäher“-Kürzung Sachaufwand Fachbereiche & Eigenbetriebe sowie Halbierung der Mittel für die **Bezirksvertretungen** !!

Sämtlich „Notoperationen“ nahezu im Wochentakt! Der Höhepunkt: Die Halbierung der Bezirksmittel – wie auch immer das heute noch ausgeht, ein absurder aber überaus bezeichnender Höhepunkt geradezu verzweifelter Panik-Aktionen zur Rettung eines überforderten, weil nicht strukturell sondern allenfalls punktuell angefassten Stadthaushaltes.

Erst führen wir eine monatelange angestregte und emotional getragene Debatte um die Bedeutung der Bezirksstrukturen, der Wertschätzung ört-

lichen politischen Engagements etc. und dann soll ernsthaft in Betracht kommen, der Politik in den Bezirken ihre ohnehin schmalen Budgets von im Durchschnitt rd. 500.000 € zu kürzen / zu halbieren ? Das ist je Bezirk ohnehin für ein ganzes Jahr politischer Gestaltung vor Ort weniger, als SPD & Grüne kürzlich für die verrückte Idee einer völlig überbeuerten Sanierung eines maroden Indianerzeltes im Fredenbaum durchgewunken haben.

Wem wollen Sie das eigentlich noch erklären ?

Großformatige Veränderungen, sehr geehrter Herr Stüdemann? – Ja! Aber – wo finden wir die denn? Die Flickschustereien und permanenten offenbar notwendigen Notoperationen des Jahres 2012 hatten wir in der Aufzählung.

Bei der Verwaltung und der rot-grünen Haushaltskoalition 2013 ist der politische Mut und Gestaltungswille dafür ganz offenbar noch immer nicht vorhanden.

Und es dürfte zumindest in Dortmund ein bislang einmaliger Vorgang sein, dass eine Verwaltung den erst im September eingebrachten Etatentwurf schon vor der abschließenden Beratung im Dezember zur Makulatur erklärt und in Teilen revidieren muss.

So wie Sie sich persönlich für die Verabschiedung dieses Etats noch im Dezember stark gemacht haben – koste es was es wolle – zur Not auch die Reputation und Glaubwürdigkeit der Ratspolitik, müssen wir befürchten, dass neben den bekannten Risiken (Steuerentwicklung, zu optimistische Prognosen Landeszuweisungen / Finanzierung Klinikum / Ertragseinbrüche Energiebeteiligungen etc.) noch weitere – nennen wir es einmal „großformatige“ Themen das Terrain dieses Etats verminen. In dieser Hinsicht wird 2013 ein spannendes Jahr.

Die Botschaft des Kämmerers an SPD & Grüne war doch ganz klar: „Leute, bringt das Ding jetzt noch schnell im Dezember über die Hürde. Zahlen und Prognosen werden im Frühjahr definitiv nicht besser ...“.

Wir hätten es gern etwas später und damit vielleicht deutlich solider gehabt – wir wünschen es uns nicht, werden aber sehen, wann die nächsten „Notoperationen“ nötig werden und ggf. sogar die Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes auf dem Tisch liegt.

Mit 75 Etatanträgen in den letzten Etatdebatten haben wir als CDU einige der „großformatigen“ Themen zur nachhaltigen Konsolidierung des Etats schon auf den Tisch gelegt. Weiter gekommen sind wir damit trotz breiter einvernehmlicher Beschlusslage in Teilen bislang nicht.

Die Kritik, die CDU habe sich in der aktuellen Etatdiskussion nicht beteiligt, ist schon einigermaßen skurril: Wir waren es, die in den letzten Jahren die Etatdebatten geprägt und Vorschläge vorgelegt haben. Im

„Schmollwinkel“, sehr geehrter Herr Sierau, haben nun ausgerechnet wir nach dem Langemeyerschen Haushalts-Crash 2009 nicht gegessen. Wir haben Bereitschaft gezeigt, Verantwortung zu übernehmen. Honoriert wurde uns das nicht, mehr als Teilerfolge sind kaum zu registrieren. Wir deklinieren ein paar Beispiele gleich mal durch.

Und wenn dann die SPD-Fraktion im Wahlkampf Bereitschaft zu „auch schmerzhaften Sparvorschlägen“ signalisiert, in der Folge nichts Entscheidendes kommt und der SPD-Parteivorsitzende uns schon am Abend der Wiederholungswahl zuruft, 2013 dürften wir nach seiner Planung noch mal ein bisschen mitmachen, am besten auch als Mehrheitsbeschaffer für diesen Haushalt dienen, ab 2014 gebe es dann wieder Rot-Grün, dann wird man es uns wohl kaum verdenken, wenn wir sehr genau hinsehen, wie es mit der Umsetzung unserer haushaltspolitischen Ziele bestellt ist. Die Erstellung dieser Bilanz war im Dezember 2011 angekündigt und ab Sommer 2012 mehrfach bekräftigt worden. Und diese Bilanz ist nicht gut, betrachten wir einige der „Großformate“:

- 2 % Reduzierung Personalaufwand / a
 - Anerkennung Personalinventur (nach 17 Jahren erstmals!)
 - Transparenz (Managementberichte quartalsweise) deutlich verbessert
 - Budgets annähernd realistisch
 - Personalaufwand (auch inventurbedingt) dennoch weiter gestiegen
 - „Personalabbau“ = Legende !
 - 2010: 10.416 Beschäftigte
 - 2011: 10.658
 - 2012: 10.830
 - Seit Beschlussfassung Rat somit ein Anwachsen um über 400 Mitarbeiter
 - Trotz Inventur (Budgettreue) im Dezember 2012 erneut 2 Mehrbedarfs-Vorlagen (Nachschuss 3,5 Mio €) -> Steuerungsdefizit!

- Orga-Untersuchung Jugendamt (Aufbau-/ Ablauforganisation)
 - Beschluss 2 Jahre alt
 - Bislang erst „Vorgutachten“
 - 27 Mio. € , verteilt auf mehrere Haushaltsjahre (4.500 Rechnungen)
 - 12,2 Mio. € Nachschuss
 - + 10 Mio. € Leistungen Jugendhilfe 2013
 - Verdoppelung Leistungen der Jugendhilfe 2006 (50,9 Mio.) vs. 2011 (103,5 Mio. €)

- RP bereits 2010: „Aufwand und Ertrag in vertretbarer Relation?“
 - Organisatorische und Kostenkontrolle völlig verloren / massives Steuerungsdefizit mit hohem Kostenrisiko-Potential !
- Reinigung aus einer Hand / EDG
 - Thema 7 Jahre alt
 - Lange ausgesessen
 - Untersuchungsauftrag war politisch nicht auf „Straßenbegleitgrün“ verengt
 - Potential sicher vorhanden
 - Schreiben EDG vom Mai 2012 / Vorlage Rat: November 2012
 - Wirtschaftlichkeit fraglich aufgrund nur „grober Kostenschätzungen“
 - Fehlen belastbarer Kennzahlen (KLR / Grünflächenkataster etc.)
 - Weiteres Indiz für Steuerungsdefizite in der Verwaltung !
- Neuorganisation Abwasser
 - Diskussion bislang unzulässig verengt auf Ausgliederung des Investitionsgeschehens in den Eigenbetrieb → Ziel: Verlängerung der Investitions-Kreditlinie
 - Effizienzgewinn Eigenbetrieb vs. Regiebetrieb bislang nicht belegt, Wirtschaftlichkeit beigestellter Betriebsgesellschaft bislang noch nicht sachgerecht ausdiskutiert
 - Rats-Beschluss zur Einleitung eines Interessenbekundungsverfahrens / Vorlage eines Konzepts zur öffentlichen Ausschreibung der Beteiligung an einer Betriebsgesellschaft (bis Juni 2012) = nicht umgesetzt

Auslotung Ertragspotential somit bislang nicht bewertbar
- Infrastruktur-Revision / Reduktion bewirtschafteter Flächen
 - Behauptete spürbar entlastende Flächeneinsparung bislang nicht hinreichend belegt
 - Entwicklung Bruttogeschosfl. aller Immobilien (ohne EB 41 und 42) zeigt Handlungsbedarf, Vorlage Lürwer (Weiterentwicklung Bürostandorte City (City 21) aktuell im Beratungsgang

▪ 2007:	1.578.853 qm
▪ 2008:	1.583.915
▪ 2009:	1.600.724
▪ 2010:	1.626.596
▪ 2011:	1.606.111

- Aufwandsreduktion Dosys
 - Ratsbeschluss (5 % in 2012, 10 % Folgejahre, interkommunale Kooperation) bislang noch nicht aufgehoben
 - Dennoch erheblicher Mehraufwand in der Etatplanung:
 - 2011: 16,7 Mio. €
 - 2012: 17,7
 - 2013: 21,7
 - 2014: 22,4
 - 2015: 23,3
 - 2016: 24,1
 - Ratsbeschluss nicht umgesetzt
 - Antrag B90/Die Grünen: Einfrieren des Budgets auf Stand 2012

Weitere Themen:

- Ratsbeschluss zum Museum am Ostwall (bislang schon 1-jährige Hängepartie, Fortsetzung im Frühjahr?)
- Kommunale Arbeitsmarktstrategie (siehe unter Top 5.3 Ratstagesordnung)

(Verwaltung: 3,6 Mio €; SPD: 900.000 €; Rot-grün: 1,5 Mio. € wert !)

Dazu hier nur eine Bemerkung:

Die vorgesehene Finanzierung einer kommunalen Arbeitsmarkt-Initiative wird keine langfristigen Erfolge / Effekte haben, entlastet den Arbeitsmarkt nicht nachhaltig.

(Zitat Ernst Prüsse unlängst: „Damit bekommt man dauerhaft keine Langzeitarbeitslosen von der Straße !“)

Dortmund ist Hauptstadt der Mini-Jobs! Von mehr als 62.000 Minijobs sind 2011 gerade mal 241 zu sv-pflichtigen AV überführt. Im Gegenzug hat das Jobcenter Dortmund 2011 selbst 6.100 Menschen in geringfügige Beschäftigung vermittelt.

Das größte Hemmnis für Menschen, die in 400 € Jobs statt in sv-pflichtiger Beschäftigung tätig sind, ist die Steuerprogression. Insbesondere Teilzeitbeschäftigte in Steuerklasse 5 sind zu Tausenden in Minijobs.

Hier müssen SPD und Grüne auf der Bundesebene endlich ihre unverständliche Blockade gegen das Gesetz zum Abbau der „kalten Progression“ aufgeben! Das würde auch Menschen in Dortmund wieder in sv-pflichtige

Beschäftigung bringen, anstatt in 400 € Jobs auf Rentenansprüche verzichten zu müssen!

Dank an die Verwaltung / Kämmerei (schwieriges arbeitsintensives Jahr 2012)

Zahlreiche kurzfristigen Umsteuerungs-Aktionen

Respekt für die Leistung !

Fazit:

Dortmund braucht dringend eine Perspektive zur Entschuldung, Haushalt und Mittelfrist-Planung weisen diese nicht auf! Auch Dortmund muss sich das Ziel einer Schuldenbremse setzen. Dazu sind deutlich konsequentere Anstrengungen als bislang nötig.

Die CDU will keine Steuererhöhungen, bevor nicht energische Konsolidierungsbemühungen auf der Aufwandsseite erfolgen. Permanente punktuelle Budgetkürzungen stellen keine Alternative dar.

Die CDU hält fest an dem Ziel einer Verschlankung der Verwaltung und dem damit verbundenen Sparziel von 2 % Aufwandsreduzierung / a. Nur mit dieser Vorgabe wird der eingeleitete Prozess systematischer Aufgabenkritik (bislang 3 von 30 Fachbereichen angefasst) erfolgreich sein können und die nötige Verbindlichkeit entfalten.

Für eine fraktionsübergreifende ernsthafte Diskussion über Standards der Aufgabenerledigung stehen wir weiter zur Verfügung.

Für eine Zustimmung zu dem Haushaltsplan 2013 allerdings nicht.

Eigentliches Drama: SPD + Ernst Prüsse haben die Chance verpasst, den Primat der Politik mit der Stellschraube Etat 2013 gegenüber der Verwaltung deutlich zu machen und durchzusetzen.

Das, lieber Ernst Prüsse mache ich der SPD-Fraktion zum Vorwurf. Nicht die Tatsache, dieses Mal den Etat mit den umverteilungsfreudigen Bündnis-Grünen zu verabschieden. Das ist normales politisches Geschäft.

Eine vielleicht wegweisende Chance wird so verpasst. Wichtige und unser Gemeinwesen tragende Teile der vielberufenen „Stadtgesellschaft“ haben ihrer Enttäuschung Ausdruck gegeben und das von Ihnen heute zu vertretende Ergebnis kommentiert.

Das ist insoweit heute kein guter Tag für Dortmund !

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.